

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Band: 62 (1983)

Heft: 2

Artikel: Global 2000 ; Konsequenzen für die Schweiz : Ursachen für die Vernachlässigung und Verdrängung von Zukunftsproblemen aus politischer Sicht

Autor: Mauch, Ursula / Mauch, Samuel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339963>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Global 2000

Konsequenzen für die Schweiz

Ursachen für die Vernachlässigung und Verdrängung von Zukunftsproblemen aus politischer Sicht

1. Wenn es nicht bald zu revolutionären Veränderungen kommt...

Global 2000 ist eine Studie, welche der amerikanische Präsident Carter in Auftrag gegeben hat. Die Regierung wollte Auskunft über die langfristigen Aussichten der weltweiten Entwicklung der Bevölkerung, der Umwelt, der natürlichen Ressourcen und der Volkswirtschaften. Hunderte von Wissenschaftern von innerhalb und ausserhalb der Regierung waren an der dreijährigen Untersuchung beteiligt. Die Resultate wurden 1980 in Form einer mehr als 1000 Seiten umfassenden Studie mit dem Titel Global 2000 der amerikanischen Regierung unterbreitet. Diese sind alarmierend.

«Die Welt um das Jahr 2000 wird noch überbevölkter, verschmutzter und ökologisch noch störungsanfälliger sein als heute. Trotz noch grösserer Produktion werden die Menschen in vieler Hinsicht ärmer sein als heute. Für Hunderte von Millionen in der dritten Welt verschlechtert sich die Aussicht auf minimale Nahrungsmittel, Energie, Wasser und andere Lebensnotwendigkeiten. Abgeholtzte Wälder verschärfen das Brennholzproblem und führen — zusammen mit übernutzten Weiden und Landwirtschaftsflächen zur Erosion und weiteren Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit, zu Wassermangel, Hunger und Krankheiten und zum Absinken der

Produktion und der Bevölkerung. Diese Krisen breiten sich in den Ländern der Dritten Welt aus und übertragen sich über die weltwirtschaftlichen Verflechtungen auch auf die Industrieländer.

Diese Entwicklung ist nur vermeidbar, wenn es bald zu einer Abkehr der bisherigen Trends, zu revolutionären Veränderungen im Bereich der Wirtschaft, der Technik und der Politik kommt.

Dieses alarmierende Resultat ist von der neuen amerikanischen Regierung Reagan schubladisiert und von den Regierungen der anderen Länder kaum zur Kenntnis genommen worden. Viele informierte Wissenschaftler machen sich darüber Sorge. Sie können sich dieses irr-sinnige Verhalten der Politik nur mit der alten polit-psychologischen Beobachtung erklären, dass Demokratien (und andere Regierungssysteme) erst am Rande des Abgrundes handeln.

2. Bedrohungsbild für die Schweiz: Indirekt durch die Hintertür der weltwirtschaftlichen Verflechtung

Global 2000 betrifft auch die Schweiz. Die aufgezeigte Bedrohung für die Schweiz ist aber nicht jene direkte, an die zunächst jeder denkt: Die Zerstörung unserer eigenen Umwelt durch Verkehrslärm, Verschmutzung unserer Luft, unserer Wälder und Gewässer, chemische Giftstoffe in der

Umwelt und in der Nahrung, Zerstörung der Landschaften. Diese Probleme bestehen zwar nach wie vor. Das Bedrohungsbild, das sich aber aus den Untersuchungen von Global 2000 für die Schweiz ergibt, ist ein indirektes. Die beschriebenen wirtschaftlich-ökologischen Krisen, die sich in der Dritten Welt innert einiger Jahrzehnten beschleunigt ausbreiten, führen zu weltwirtschaftlichen Störungen und Zusammenbrüchen und übertragen sich über die wirtschaftlichen Verflechtungen auf die Industrieländer. Diese indirekten wissenschaftlich-ökologischen Mechanismen sind bisher (auch) bei uns noch kaum überlegt oder erkannt worden und bringen ganz neue Dimensionen im Anforderungskatalog an unsere Politik: Wo muss man ansetzen, um zu verhindern, dass eine weltökologische Krise nicht entsteht, die bei uns indirekt einen Wirtschaftszusammenbruch auslösen würde; und wo, um zu verhindern, dass es nicht zu einem eigentlichen Zusammenbruch, sondern nur zu einem — gedämpfteren — Einbruch käme? Wenn man diesen Fragen etwas nachgeht, erscheinen herkömmliche Rezepte, insbesondere der Aussenpolitik und Sicherheitspolitik plötzlich in einem neuen Lichte, und als fragwürdig: *Ist unsere, auf kurzfristige Arbeitsplätze ausgerichtete Exportförderung nicht langfristig kontraproduktiv?* Fördert nicht das dauernde Produzieren und Exportieren auf

Pump mit dem Freipass «Finanzierung geregelt» langfristig jene Krisen der Dritten Welt, die dann auf uns zurückwirken? Müssten nicht die Fragen der neuen Weltwirtschaftsordnung, der besseren Handelsbedingungen für Dritt Weltländer, der intensiven weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung usw. unter diesen ganz neuen Gesichtspunkten beurteilt werden? Auch unsere eigenen Auslandabhängigkeiten von Energie, Rohstoffen, Dünger, Futtermittel, Nahrungsmittel, Halbfabrikaten usw. müssten reduziert werden, wenn wir eine Wirtschaft wollten, die etwas

robuster ist gegen diese aussenwirtschaftlichen Zusammenbrüche. Jetzt ist unsere Wirtschaft wie ein Dominospiel: Sie ist in ihren wesentlichen Funktionen gefährdet, wenn schon einzelne Aussenmärkte ausfallen. Wir haben in diesem Sinn eine Gesamt-Sicherheitspolitik die — mit Ausnahme des gesamt-militärischen Bereiches — voll auf die Spekulation angelegt ist, dass Entwicklungsbilder, wie sie in Global 2000 begründet werden, ganz einfach unmöglich seien. Bei der Analyse unserer Bedrohungsbilder sind auch wir bisher auf einem Auge blind geblieben.

Samuel Mauch

ser politisches System hat also schon am Ende des letzten Jahrhunderts nicht etwa vorausschauend agiert, sondern auf viele Naturkatastrophen reagiert. Allerdings hatten unsere Vorfahren noch die Chance des Wiedergutmachens. Nach Global 2000 werden wir diese Chance nicht mehr haben.

Problemstellung wird immer komplizierter

Es ist ein Verdienst aller neuen Weltmodelle inklusive dem Bericht Global 2000, aufzuzeigen, wie sehr auf diesem Planeten alles mit allem, alle mit allen verknüpft sind.

Die Schweiz des 19. Jahrhunderts war sowohl wirtschaftlich als auch (nach Möglichkeit) politisch weitgehend mit sich selbst beschäftigt. Im 20. Jahrhundert und insbesondere in den letzten 30 Jahren hat die Arbeitsteilung im Innern des Landes wie auch international enorm zugenommen.

Unsere gesellschaftliche Organisation des letzten Jahrhunderts war der Nachtwächterstaat. Die Verhältnisse waren überblickbar, Abhängigkeiten durchschaubar. Die wissenschaftlich — technisch — industrielle Revolution hat zwar den Lebens- und Arbeitsstil drastisch verändert, aber die politischen Strukturen sind im Prinzip dieselben geblieben, die politischen Entscheidungsmechanismen verlaufen noch ähnlich wie vor Jahrzehnten. Die vielfältigen, gegenseitigen Abhängigkeiten bewirkten zwar ein zunehmendes Hinaufschieben von Problemen in der politischen Hierarchie, also von den Bürgern zu den Gemeinden, von dort zu den Kantonen und von dort zum Bund, und die verstärkte Zentralisierung hat leider zur Folge, dass der Bürger an seinem staatlichen Umfeld kaum mehr interessiert ist. Aber auf den politischen Ebe-

Gehen wir in die Politik!

Die hier folgenden Ausführungen beziehen sich auf schweizerische Realpolitik, so wie ich sie erfahre und werte. Der Begriff «Realpolitik» ist ein typisch schweizerisches Wortspiel. Ist Politik schon an sich nicht mehr als die Kunst des Möglichen, so entspricht schweizerische Politik-Realität noch zusätzlich einer schlechthin alles umfassenden Kompromissbereitschaft. Daraus resultiert eine *Politik der allerkleinsten Schritte*. Das ist nicht mehr problemgerecht, hat aber den Vorteil, dass auch in die falsche Richtung nicht viel passiert. Politische Ausschläge, wie sie sich etwa seit drei Jahren in den USA abspielen, bleiben uns erspart.

Es war schon immer so!

Wenn wir uns die Frage stellen, ob das politische System in der Schweiz schon je vorausschauend, antizipierend auf Zukunftsprobleme agiert habe, so ist die Antwort mit grosser Wahrscheinlichkeit: Nein. Ich möchte das an einem Beispiel erläutern, auf das wir alle

sehr stolz sind, nämlich am Beispiel des Forstpolizeigesetzes. Immer wieder wird der seit Anfang dieses Jahrhunderts bestehende, gesetzlich verankerte Schutz unserer Wälder als Pionierat hingestellt. Wenig sind wir uns aber der Tatsache bewusst, dass schon unsere Vorfahren durch nichts anderes als durch Schaden klug geworden sind.

Die industrielle Revolution hat in der Schweiz im letzten Jahrhundert zu einer massiven Übernutzung und Abholzung der Wälder geführt. Nicht nur im Inland wurde unter anderem für die Köhlerei viel Holz verbraucht (Holzkohle kann als Brennstoff, auch als Reduktionsmittel in der Eisenindustrie verwendet werden), sondern grosse Mengen gingen in den Export, zum Beispiel als Eisenbahnschienen oder als Pfähle für Meereshafenanlagen in unser nördliches Nachbarland. Die Folgen waren: Erosion, Zerstörung des natürlichen Wasserhaushaltes, Überschwemmungen, Lawinenkatastrophen und Holzmangel. Un-

nen fehlt die Gesamtschau: Politiker legiferieren nach wie vor so, als ob einzelne Sektoren in der Politik von anderen Sektoren völlig oder doch fast völlig getrennt wären; zudem wachen Verwaltungen mit Argusaugen darüber, dass ihnen nicht andere Verwaltungen ins Gehege kommen. Als Illustration ein Beispiel aus dem Umweltschutz: Autoabgase sind nicht etwa, wie ein unbedarftes Gemüt annehmen würde, Sache des Bundesamtes für Umweltschutz und damit des USG, sondern Sache der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartementes. Dieser Abteilung «gehört» alles, was mit dem Betrieb von Autos zu tun hat, und also auch die Abgase. Das Parlament wird demnach von der Verwaltung nach Kräften in seinem sektoriellen Denken unterstützt.

Die Politiker sind aber nicht die einzigen, die mit sektorübergreifendem Denken Mühe bekunden. Einem Grossteil der Wissenschaftler geht es auch nicht besser. Und ausgerechnet von der Wissenschaft erwartet die Politik zunehmend Antworten auf komplexe Fragen. Für Politiker ist ein Problem schon fast gelöst oder zumindest unter Kontrolle, wenn es an eine wissenschaftliche Expertenkommission verwiesen werden kann. Aber die Wissenschaftler können uns als Bürger und Politiker nicht nur die Entscheide nicht abnehmen (was sie auch nicht sollten), sondern sie kommen meist selber unter sich nicht zu einer Meinung über Lösungen für unsere Gegenwarts- und Zukunftsprobleme. So hat sich die Eidgenössische Energiekommission zum Bedarfsnachweis für das Atomkraftwerk Kaiseraugst folgendermassen geäussert: «Der Bedarfsnachweis ist wissenschaftlich nicht möglich, objektiv nicht lösbar, ordnungspolitisch umstritten, vom politischen

Standpunkt jedoch erforderlich.»

Tun als ob

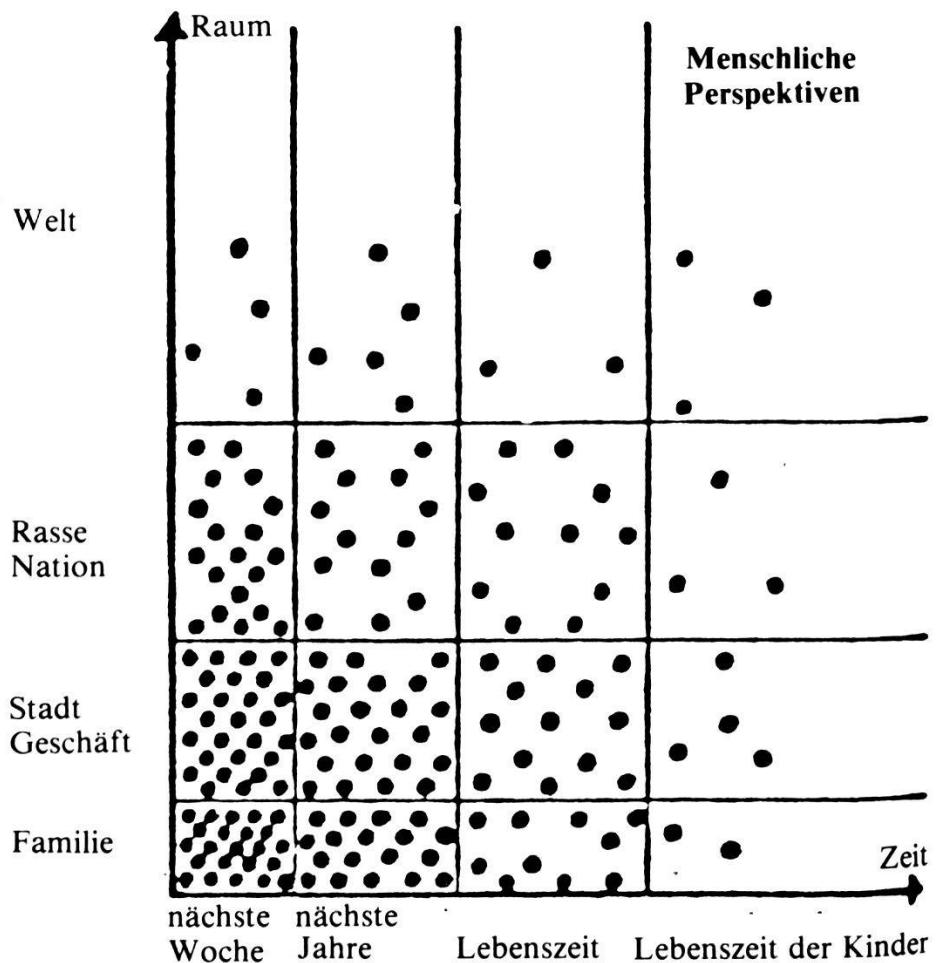
Wir müssen also auf der politischen Ebene Entscheide fällen, als ob wir den Überblick noch hätten, als ob wir überhaupt in der Lage wären, die komplizierten Interdependenzen zu begreifen oder gar die Auswirkungen der sich ständig beschleunigenden Veränderungen zu erfassen.

Ich meine, wenn wir, auch als schweizerische Politiker, die Trendaussagen von Global 2000 ernst nehmen würden, müssten wir jetzt handeln, eben ohne wissenschaftliche Gewissheit zu haben. Denn wenn wir die Gewissheit haben werden, wird es für das Handeln zu spät sein. Ich muss leider bezweifeln, dass das schweizerische politische System¹⁾ imstande ist, im erwähnten Sinn präventiv zu handeln.

Vielleicht im Gegenteil, muss

ich noch anfügen: Je schwieriger die wirtschaftliche Lage wird, desto kurzfristiger wird überlegt und werden Lösungen gesucht. Man besinnt sich zunehmend wieder auf das sogenannte Naheliegende, staubt alte Rezepte ab und verdrängt unbequemes Wissen. Nehmen Sie nur als Beispiel die Diskussion um die zunehmende Arbeitslosigkeit. Auch auf politischer Ebene heissen die Lösungen: traditionelles Wirtschaftswachstum durch Ankurbelung der Wirtschaft, Konjunkturspritzen, Impulsprogramme. Alter Wein in alten Schläuchen also, als ob bewiesen wäre, dass das Gerede von den Grenzen des Wachstums blosse Fantasie und die anhaltende Flucht nach vorne machbar sei.

Zur Ehrenrettung kurzsichtiger Politiker möchte ich aber zu bedenken geben, was Denis Meadows in den «Grenzen des Wachstums» über die menschlichen Perspektiven festgehalten hat:



«Die Mehrheit der Weltbevölkerung kümmert sich nur um Naheliegendes und Kurzfristiges, wie die eigene Familie oder die nächste Woche.»

Das Cliché vom Politiker, der seine Perspektiven nach Legislaturperioden richtet, hat demnach von der Grössenordnung her wahrscheinlich auch bei uns Gültigkeit für die Mehrheit der Bevölkerung.

Politik als Kunst des Möglichen

Als Mitglied des Nationalrates will ich weder gegenüber der Öffentlichkeit noch gegenüber mir behaupten, unser politisches System nehme die Zukunftsprobleme überhaupt nicht wahr.

Ich bin mir aber der grossen Kluft zwischen Sollen und wirklichem Wollen (und auch Können!) während der Behandlung des Umweltschutzgesetzes und des Energieverfassungsartikels im Parlament bewusst geworden. Beide Vorlagen sind winzige, vielleicht kaum wahrnehmbare (dies gilt vor allem für den Energieartikel!) Schrittchen in der richtigen Richtung, wenig mehr als nichts.

Warum tut sich der Gesetzgeber so schwer auch in Bereichen, deren Problematik für unsere Zukunft erkannt ist, sogar von Politikern?

Volksvertreter und auch Stadesvertreter vertreten zunehmend nicht mehr das Volk oder die Stände schlechthin, also die Interessen der Allgemeinheit oder das sogenannte Gemeinwohl, sondern sie vertreten in erster Linie die Interessen vielfältigen Verbandsvolkes. (Dazu eine Klammerbemerkung: Das gilt weit weniger für die Parlamentarierinnen!) In diesem Zusammenhang empfehle ich die Zusammenstellung über die Mitgliedschaft der Parlamentsmitglieder bei Organisationen

und Verwaltungsräten im «Tages-Anzeiger» vom 1.12.1979 zur Lektüre.

Wir können also annehmen, dass sich ein grosser Teil der Parlamentarier in erster Linie darum bemüht, hier und heute für irgendwelche oder mehrere Partikularinteressen günstige politische Rahmenbedingungen zu behaupten oder zur erreichen.²⁾ Das ist zwar legitim, trübt aber den politischen Blick und vor allem den politischen Weitblick, und zwar sowohl sachlich als auch zeitlich.

Und gerade zeitlich wäre es ja nun bei beschleunigter Veränderung doppelt wichtig, Weitblick zu haben, denn bei zunehmender Geschwindigkeit der Entwicklung müssten wir weiter nach vorn in die Zukunft sehen können und sehen müssen.

Und es bewegt sich doch etwas

Seit Ende der sechziger Jahre hat auch in unserer Gesellschaft das Bewusstsein um die Grenzen des zivilisatorischen Fortschritts zugenommen, und das eher trotz, als wegen der etablierten Politik!

Zunehmend wird nämlich Politik nicht mehr nur in traditionellen Kanälen gemacht sondern auch in sogenannt nicht etablierten Gremien, die etwas undifferenziert unter das Stichwort «Bürgerinitiativen» subsummiert werden könnten; besorgte Bürger ergreifen die Initiative, weil sie von den Politikern nicht ergriffen wird.

Alle Problemberiche, die in Global 200 angesprochen und untersucht werden, sind in der Schweiz Gegenstand von Bemühungen einer Vielzahl von Arbeitskreisen, Gruppen, Vereinen; dazu zähle ich auch die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz. Ihren Anstossen und Aktionen haben wir weitgehend zu verdanken, dass ein eigentliches Überdenken unserer Handlungsweisen und der

zukünftigen Entwicklungen zumindest da und dort angefangen hat.

Zum Schluss nun der Versuch von Antworten auf zwei Fragen:

1. Was könnte oder müsste die Politik tun gegenüber den Herausforderungen von Global 2000?
2. Wie könnten wir alle Einfluss auf diese Politik nehmen?

Zur 1. Frage:

Eigentlich müssten einige Grundsätze der politischen Planung den Weg weisen:

- Wichtige Probleme sind früh zu erfassen und es ist ihnen vorausschauend zu begegnen.
- Politik darf nicht die Summe von Einzelmaßnahmen sein, sondern es muss sich um koordinierte Massnahmen handeln. Die Gesamtschau über Wirkungszusammenhänge ist unerlässlich.
- Probleme sind so anzugehen und zu lösen, dass sie langfristig gelöst werden.

Nach allem, was ich bisher ausgeführt habe, ist klar, dass diese schöne Theorie in der Realität nicht funktioniert. Da wir also zur Gesamtschau nicht fähig sind, sollten wir uns auf den politischen Ebenen mindestens bemühen, in möglichst vielen Bereichen Puffer zu schaffen, die in der Lage wären, drastische Einbrüche zu mildern. Ein Puffer fängt harte Schläge, brutale Veränderungen auf — das ist bei Eisenbahnwagen so wie auch bei chemischen und biologischen Vorgängen.

Puffer könnten in der Politik Übergangsstrategien sein, als Beispiel nehme ich die Energiepolitik.

Die Erschöpfung nicht erneuerbarer Energiequellen in absehbarer Zeit wird auch für die westlichen Industrieländer ein

Schlag sein. Je geringer demnach unsere Abhängigkeit von erschöpflichen Energiequellen in Zukunft sein wird, desto eher übersteht unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft das Ende dieser Energiequellen. Es wäre daher ein Akt der politischen Vernunft, die Vorsorge *jetzt ernsthaft* an die Hand zu nehmen, mit entsprechenden Massnahmen Puffersysteme zu schaffen. Aber eben: die Vernunft hat es in der Politik oft ganz besonders schwer; oft schliesst das eine das andere geradezu aus.

Zur 2. Frage:

Trotz der Tatsache, dass heute Politik auch ausserhalb traditioneller Kanäle gemacht wird, ist doch nicht zu übersehen, dass die politischen Schalthebel weitestgehend von etablierten und bewahrenden Partei- und Verbandsleuten besetzt sind (Ausnahmen bestätigen höchstens die Regel!). Erhard Eppler meinte aber zu den Bewahrern: «Wer heute bewahren will, muss verändern, wer nicht

verändern will, bewahrt nicht, sondern zerstört.»

Daher mein Appell an alle, dass wir uns über unsere Zukunft Gedanken und Sorgen machen: Begeben wir uns also in die Niederungen der Partei- und Verbandspolitik, unterwandern wir, verändern wir, geben wir Anstösse in die richtige Richtung!

Ursula Mauch

Literaturhinweise

Bloetzer, G.: Die Oberaufsicht über die Forstpolizei nach schweizerischem Bundesrecht. Diss. Zürich 1978

Blum, A., Kocher, G., Wittmann, W. (Hrsg.): Die Zukunftsauglichkeit der schweizerischen Entscheidungsstrukturen. Diessenhofen 1982

Meadows, D. et al: The Limits to Growth. London 1972

Global 2000: Bericht an den Präsidenten der USA. Herausgeber: Council on Environmental Quality und US-Aussenministerium. Deutsche Übersetzung. Frankfurt 1980

Anmerkungen:

- 1) Einem *beinahe exponentiell wachsenden Problemlösungsbedarf* steht eine *Problemlösungskapazität* gegenüber, die innerhalb der föderalistischen Referendumsdemokratie ihre Grenzen wohl bereits erreicht haben dürfte: Der mit Entscheidungsforderungen überhäufte Bürger reagiert mit politischer Verweigerung.
- 2) Pikanterweise beziehten viele der Vertreter von vorwiegend wirtschaftlichen Interessen die Vertreter von Anliegen der Allgemeinheit, wie etwa Umweltschutz, der Vertretung von Partikularinteressen!

in den einzelnen Ländern, in einem Versuch der Neuverteilung von Reichtum zugunsten der Stützen des Systems. Die Konzentration auf die Reichen und Mächtigen ist im Gang.

Überlagert wird das Ganze von Blockkonfrontationen, es geht um Macht und Ressourcen, um Stützpunkte und Kräfteverhältnisse, um den Wettkampf zweier Lemminghorden.

Es läuft auf eine Verschärfung von Spannungen auf allen Ebenen hinaus. Die alten (Damen und) Herren an den «verantwortlichen Stellen» in Ost und West haben eine todsichere Lösung für unsere Probleme: mehr Rüstung nach innen und aussen. Energie, Phantasie und natürlich Geld werden reichlich verpulvert und fehlen für den Versuch, eine gesellschaftliche Umkehr zu bewirken, bzw. zur Linderung der dringsten humanitären Probleme. Nebenbei werden auch wieder die Weichen für die weitere Entwicklung gestellt, neue Sachzwänge und Rechtfertigungen geschaffen. Prinzip Sterben.»

Diese bitteren Worte stehen im Vorwort, das der Berliner Verleger Ulf Wolter einer neuen Publikation seines Verlages mitgegeben hat. Von all diesen Problemen handelt das Buch, das Petra K. Kelly und Jo Leinen in der Edition Vielfalt im Verlag Olle & Wolter herausgegeben haben. Verleger Wolter beendet sein Vorwort mit dem Hinweis darauf, «wie sich diejenigen, die das Schlimmste befürchten, zu einer neuen Kraft formieren und für eine Umkehr eintreten. Der Weg ist neu und schwierig. Wir müssen ausserhalb und gegen Systemlogik denken und handeln, aber auch in ihr, mit politischem Kalkül, es geht schliesslich um neue Mehrheiten, die zu gewinnen sind.» Unter den Autoren dieses unbedingt lesenswerten Taschenbuches finden sich neben

Ulf Wolter, Joseph Huber und viele andere

Das Prinzip Leben

Ökopax — eine neue Kraft

«Wenn alles so weiterläuft wie bisher, ist der langsame Tod der Menschheit durch die Zerstörung der Lebensbedingungen gewiss, der plötzliche durch einen Atomkrieg wahrscheinlich. Dies gilt freilich nur für die, die nicht vorher verhungern.

Überall weiss man das, namentlich an «verantwortlicher Stelle», dennoch geht es im alten Trott weiter.

Der Kapitalismus ächzt durch die Zyklen, der Kommunismus erstarrt systematisch, aber aus-

ser dem krampfhaften Versuch, den maroden Industrialismus erneut anzukurbeln, hat man nichts zu bieten. Wie erfolgreich der ist, selbst an dessen eigenen Massstäben gemessen — von Folgen für die Zukunft ganz abgesehen —, steht täglich in den Nachrichten. Die dem Industrialismus eigene Logik sucht die Lösung der Probleme schwindender Rohstoffe und sinkenden Reichtums, wachsender Ungleichheit zwischen Nord und Süd aber auch